



## **PRESSEINFORMATION**

**Wilfried H. Engelke**  
Fraktionsvorsitzender

Hildesheimer Strasse 7  
30169 Hannover  
Tel.: 0511 168 45659  
Fax: 0511 168 45223  
fdp@hannover-stadt.de

### **Umweltdezernent arbeitet selbtherrlich am Rat vorbei** FDP fordert Ratsbeschluss über neue Ausnahmen zur Umweltzone

Die FDP-Fraktion ist empört über das Vorgehen der Verwaltung im Zusammenhang mit der Ankündigung der neuen Ausnahmen vom Fahrverbot in der Umweltzone.

Der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Wilfried H. Engelke, erläutert die Situation:

„Letzte Woche hat Umweltdezernent Mönninghoff angekündigt, die neuen Ausnahmen vom Fahrverbot in der Umweltzone dem Rat und den Ratsausschüssen lediglich mit einer Informationsdrucksache zur Kenntnis zu geben. Ich hatte daraufhin unverzüglich die Verwaltung aufgefordert, die angekündigten Änderungen an dem Ausnahmekatalog nur durch einen Beschluss des Rates vornehmen zu lassen. Der Rat hat mit dem Beschluss zur Umweltzone auch über Ausnahmen vom Fahrverbot abgestimmt. Wenn jetzt diese Ausnahmen geändert werden, muss der Rat erneut darüber entscheiden. Eine bloße Information der Verwaltung ist da nicht ausreichend.

Nun liegt mir die Informationsdrucksache zu den neuen Ausnahmen vor. Mein Hinweis auf die Erforderlichkeit einer Abstimmung wurde also nicht beachtet. Mönninghoff ist zu selbtherrlich geworden, er glaubt, im Alleingang und am Rat vorbei seine schlechten Ideen durchsetzen zu können. So eine wichtige Angelegenheit wie die Ausnahmen vom Fahrverbot in der Umweltzone muss aber in den Ratsgremien beraten und entschieden werden und nicht im Büro des Umweltdezernenten. Von der Ausgestaltung der Ausnahmen können gerade in Handwerk und Gewerbe ganze Existenzen abhängen.

Ich habe daher heute den Oberbürgermeister angeschrieben und ihn aufgefordert die Informationsdrucksache zurückzuziehen und den zuständigen Gremien eine nachgebesserte Beschlussdrucksache zur Beratung und Abstimmung vorzulegen. Die Regelungen in der Informationsdrucksache gehen völlig an den Bedürfnissen der Betroffenen und insbesondere der Betriebe im Handwerk und im Gewerbe vorbei. Wir fordern vernünftige Vorschläge für neue Ausnahmeregelungen, die praktikabel sind und den Menschen und Betrieben, die für Ihre Fahrzeuge keine Plakette bekommen, auch wirklich helfen.“